

**POSTULAT** der Kommission für Planung und Bau

betreffend            Gesetzliche Grundlagen für Public Private Partnership Projekte (PPP-Projekte)

---

Der Regierungsrat wird gebeten, die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Abwicklung von \* PPP-Projekten und ähnlichen Finanzierungs-Modellen zu prüfen. Die gesetzlichen Grundlagen sollen sicherstellen, dass entsprechende Finanzierungs-Modelle nicht zu einer Umgehung von demokratischen Rechten, Richtplanungsgrundsätzen, Submissionsvorgaben und der Finanzkompetenzen führen.

Zu klären ist auch die Frage, wie \* PPP-Projekte im KEF behandelt werden.

Im Namen der Kommission  
für Planung und Bau

Der Präsident:  
Thomas Hardegger

Die Sekretärin:  
Franziska Gasser

371/2008

Begründung:

Mittels Public-Private-Partnership (kurz «PPP») werden in letzter Zeit vermehrt Grossprojekte der öffentlichen Hand realisiert und vor allem mitfinanziert. Die Realisierung solcher Projekte birgt nicht nur Chancen, sondern auch Risiken:

- Problematisch ist, wenn bei PPP-Projekten die Mitsprache des Kantonsrates und des Soveräns marginalisiert wird.
- Nicht akzeptabel ist, wenn mittels PPP-Modellen die Regeln des öffentlichen Beschaffungswesens umgangen werden. Auf diese Problematik wurde kürzlich auch durch den SIA, den Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein, hingewiesen\*). Ausserdem wird das finanzielle Risiko von PPP-Grossprojekten für die öffentliche Hand sehr unterschiedlich eingeschätzt. Die Verlässlichkeit eines privaten Partners ist dabei absolut zentral – die Folgen eines Konkurses oder Verkaufs des privaten Partners sind schwer einzuschätzen.
- Für ein PPP-Projekt müssen die gleichen Standards und Anforderungen gelten wie für ein vom Kanton in eigener Regie erstelltes Bauwerk.

Deshalb soll der Regierungsrat insbesondere aufzeigen, wie bei entsprechenden Projekten

- die Entscheidungskompetenzen des Kantonsrates bzw. des Volkes gewahrt bleiben,
- eine Abstimmung mit dem Richtplan sichergestellt wird,
- die Regeln des öffentlichen Beschaffungswesens anwendbar bleiben,
- die kantonalen Anforderungen an Funktionalität, Qualität, Nachhaltigkeit und Energieeffizienz berücksichtigt werden und
- die finanziellen Risiken angemessen in der kantonalen Finanzplanung dargestellt werden.

\*) Die Forderungen des SIA betreffend PPP-Projekte sind publiziert im SIA-Heft Tec21, Nr. 23 vom 2.6.2008

\* Public Private Partnership Projekte (PPP-Projekte)